

THESENPAPIER

Dr. Martin Schirdewan / Dr. Roland Kulke (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Europabüro
Brüssel)

Workshop Industriepolitik 27.-28.04. 2015, Brüssel

WARUM LINKE INDUSTRIEPOLITIK? – EIN ZWISCHENBERICHT

Analyse

Blickt man auf den Zustand der europäischen Integration, muss konstatiert werden, dass von den Machteliten nie ernsthaft der Versuch unternommen wurde, die EU als ein soziales Projekt zu gestalten. Mit dem Ausbruch der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise wird über eine Sozialunion nicht einmal mehr gesprochen. Eine gemeinsame Währung bei einem von deutschen Exportüberschüssen dominierten Binnenmarkt bedeutet bei anhaltender Niedriglohnpolitik und Abbau der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland die Verschuldung der Handelspartner und setzt deren Lohnentwicklung und sozialen Sicherungssysteme unter Druck. Die verheerenden sozialen Folgen der Krise und der Austeritätspolitik in Europa sind allgegenwärtig. Ein wesentliches Motiv für die Integration Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg war der Versuch, eine europäische Friedensordnung zu schaffen. Leider hat sich genau diese europäische Integration in Gestalt einer Wirtschafts- und Währungsunion zu einem Vehikel eines neuen deutschen Hegemonialstrebens entwickelt, in dessen Folge die Staaten der EU-Peripherie de-industrialisiert worden sind. Der Wiederaufbau einer eigenen Industrie würde ihren Handlungsspielraum erhöhen und die Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme ermöglichen.

Alternativen

Natürlich gibt es Alternativen zur Politik des Kürzens und Sparens. Und in diesen größeren strategischen Kontext muss auch unsere Debatte um eine progressive linke Industriepolitik eingebettet sein. Verstanden als ein zentraler Bestandteil einer Politik, die weitaus mehr will, als das Kürzen und Sparen und damit auch das soziale Leiden zu beenden: eine Politik, die einen grundlegenden Pfadwechsel gesellschaftlicher Entwicklung befördert.

Leitfragen

- Kann eine linke Industriepolitik ein Projekt wirklicher europäischer Integration sein, das die Fragen Demokratie, Ökologie und die soziale Frage verbindet und Alternativen aufzeigt, um zu einer grundlegenden Demokratisierung und einer sozial-ökologischen Transformation zu gelangen?
- Das große „Apriori“ einer jeden linken Industriepolitik in Europa im 21 Jhd. muss die Klimakrise sein. Wie können wir gute Jobs in einer Industrie schaffen, die uns aktiv hilft die Klimakatastrophe zu bekämpfen?
- Wie lassen sich Industriepolitik und Geschlechterpolitik vereinbaren?

- Wie kann eine linke Industriepolitik direkt zu einer grundlegenden Demokratisierung ökonomischer Prozesse bis tief in die Betriebs- und Unternehmensstrukturen hinein beitragen?
- Wie sieht eine linke Industriepolitik der „Industrie 4.0“, des 3D-Druckers oder allgemein moderner Technologien aus?
- Welchen Handlungsspielraum bietet uns der aktuelle Rechtsrahmen der EU für eine linke Industriepolitik? Wie müsste der rechtliche Rahmen in der EU aussehen, damit er einer linken Industriepolitik gerecht würde?
- Wie können wir linke Industriepolitik und regionale Wirtschaftskreisläufe zusammen bringen?
- Welche Rolle können Genossenschaften in einer linken Industriepolitik spielen?
- Wer sind die Akteure? Kann das strategische Bündnis zwischen linken Parteien und Gewerkschaften sich verfestigen oder wo nötig (neu) aufleben? Können Akteure aus dem Bereich der Ökologie für ein solches Projekt gewonnen werden?

Widersprüche

- Die Frage, inwieweit eine sozial gerechte Investitionspolitik mit der ökologischen Frage verbunden sein sollte, ist in der europäischen Linken in ihrer Vielfalt umstritten.
- Wo ist bei der Diskussion über eine linke Industriepolitik der richtige Ansatzpunkt für Gleichberechtigung in Lohn und Gehalt? Dies ist relevant, gerade weil die alten Industrien, die oftmals unter industriepolitischen Schutz fallen, männerdominiert sind, und die unterstützenden, oft ausgelagerten, Dienstleistungssektoren, Domänen unterbezahlter Frauenarbeit sind.
- Eine linke europäische Industriepolitik muss in einen solidarischen internationalen Kampf um eine ausgeglichene, internationale Handelsbilanz und gerechte Löhne weltweit eingebettet sein. Dies betrifft sowohl das Verhältnis der europäischen Peripherie zum europäischen Zentrum sowie zum globalen Süden.
- Wie können wir den Widerspruch zwischen notwendigen Planungselementen, einem demokratisch kontrollierten Markt und dem Autonomiestreben der Akteure auf lokaler Ebene wenn schon nicht auflösen, so doch lindern?
- Wir brauchen eine linke Industriepolitik, aber haben nur selten starke linke Regierungen. Was können wir tun, wenn wir keine Linke Regierung haben? Gibt es gesellschaftliche Substitute für eine staatliche Industriepolitik von links? Können wir Netzwerke aufbauen, die durch genossenschaftliche Finanzierung, Ausbildung und gemeinsame Planung des Einkaufes, der Produktion, und des Vertriebes Strukturveränderungen der Wirtschaft entstehen lässt? Kann es so etwas wie eine APLIP geben - also eine „außerparlamentarische linke Industriepolitik“?

Struktur

Um zu einer Vergleichbarkeit der EU-Mitgliedsstaaten zu gelangen, haben wir case studies / country reports in Auftrag gegeben, die einer einheitlichen Struktur folgen und hier nach und nach veröffentlicht werden.

Durch Beiträge aus Griechenland, Bulgarien, Slowenien, Kroatien, Italien, Portugal, Frankreich, Polen und Deutschland haben wir die Möglichkeit gewonnen zu vergleichen, Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Abhängigkeiten unterschiedlicher Ökonomien im gemeinsamen Binnenmarkt und dessen rechtliche Rahmensetzungen

herauszuarbeiten. Ergebnis ist eine breite ökonomische Datenbasis, die wir in eine stärker strategisch-politische Debatte einbinden werden, die den gegenwärtigen und einen möglichen zukünftigen Zustand einer gemeinsamen progressiven Europäischen Industriepolitik widerspiegelt.

Ausblick

Die Studien zeigen, dass es einen europaweiten Prozess der De-Industrialisierung in den letzten Jahrzehnten gegeben hat, der durch die gegenwärtige Krise lediglich verstärkt wurde. Das politische Projekt einer linken Industriepolitik wendet sich gegen den neoliberalen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus und seine Profiteure. Für diese Akteure gibt es keine Krise - die Profite sprudeln und somit ist keinerlei Bruch in der Argumentation mit der Vorkrisenzeit zu erkennen. Wir brauchen also verbündete Akteure, die im hier und jetzt bereits gegen die Auswirkungen der multiplen Krise streiten. Diese bilden ein unglaublich breites Feld von engagierten Wissenschaftler_innen, Politiker_innen, Gewerkschafter_innen, Genossenschaftler_innen, Menschen die in Energiekämpfen tätig sind, gegen die Privatisierungen ankämpfen, Care Arbeit thematisieren, und sich verstärkt für eine gesunde Landwirtschaft einsetzen. Unser Projekt will hierbei auf einen spezifischen Punkt einer linken Politik fokussieren, auf die Förderung der Industrie, sodass diese den Bedürfnissen aller Menschen und einem nachhaltigen Klima dient.

Wir schlagen deswegen vor in eine Debatte zu treten, darüber, ob wir nicht „Einstiegssektoren“ finden, bei denen wir heute schon Teile einer linken Industriepolitik entwickeln können. Wir schlagen dafür den Gesundheits-, Wohnungs- und Energiesektor vor. In diesen Sektoren gibt es bereits soziale Kämpfe, es geht um Umweltschutz, Arbeitsplätze, gemeinsames Leben, und sie stellen auf je eigene Art und Weise sowohl Grundpfeiler der kapitalistischen Gesellschaft als auch einer möglichen sozial-ökologischen Transformation unserer Gesellschaft dar.

Als Ergebnis unseres Workshops werden wir eine Reihe von Papieren veröffentlichen, beginnend mit den Länderstudien. Wir werden dieses Jahr noch bei internationalen Treffen auf europäischer Ebene weitere Treffen dazu organisieren. Und es ist jetzt schon von uns geplant, dass das Thema einer linken Industriepolitik in Europa für uns ein Schwerpunkt der nächsten Jahre sein wird.

Projektverantwortlicher:

Roland Kulke
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Europabüro Brüssel
Ave. Michel-Ange 11, BE-1000 Brüssel
Tel. 0032 (0)2738 7661
Mob. 0032 (0)471 318405
Fax: 0032 (0)2738 7669
roland.kulke@rosalux.org
www.rosalux-europa.info
Skype: roland.kulke